

HÄUSERDÄMMUNG

Der Sanierungsboom steckt im Bundesrat fest

Seit Jahren will die Regierung die Gebäudesanierung fördern. Die Länder blockieren; sie fürchten sinkende Steuern. Jetzt bringen die Grünen eine weitere Umlage ins Spiel.

VON Marlies Uken | 12. September 2012 - 13:09 Uhr

© Michael Reichel/dpa



Dachdecker in Thüringen

Inzwischen hat selbst die Bundeskanzlerin keine Geduld mehr. In ihrem jüngsten Videopodcast forderte sie am Wochenende den Bundesrat auf, endlich der steuerlichen Förderung der Gebäudesanierung zuzustimmen. Es sei doch "sehr ärgerlich", dass die Bundesländer den Gesetzesentwurf immer noch blockierten, sagte Angela Merkel. Man könne damit schließlich "sehr viele Menschen motivieren, etwas für die Isolierung und Klimafreundlichkeit ihrer Häuser zu tun".

Das Thema "Energetische Gebäudesanierung" treibt die Bundesregierung nun schon seit Jahren um. Im Sommer 2010 hat die Bundesregierung einen ersten Gesetzentwurf vorgelegt. Zehn Prozent der Sanierungskosten sollen die Bürger zukünftig in ihrer Steuererklärung geltend machen können. Die Bundesregierung will die Sanierungsrate von Häusern auf zwei Prozent verdoppeln und so den Endenergiebedarf bis 2020 um 20 Prozent senken.

Bundesländer überzeugen

Doch das Gesetz ist zustimmungspflichtig – und der Bundesrat blockiert seit fast einem Jahr, weil die Länder Einnahmeausfälle fürchten. Durch das Gesetz dürfte das

Steueraufkommen um geschätzte 1,5 Milliarden Euro sinken – ein Teil der Ausfälle trifft Bundesländer und Kommunen, die ebenfalls Anteile der Einkommenssteuer erhalten.

Von allen Seiten werden nun die Bundesländer bearbeitet. Merkel wirbt beim Deutschen Handwerk, die Deutsche Umwelthilfe fordert das Steuerprogramm, kaum überraschend auch der Gesamtverband Dämmstoffindustrie. Doch bislang ist alles vergeblich. Die Länder verlangen Gegenleistungen für die Ausfälle, mehrere Hundert Millionen Euro sind im Gespräch.

Allerdings betonen Fachleute, dass diese eigentlich nicht nötig seien. Die Steuererleichterungen kämen einem kleinen Konjunkturprogramm gleich, von dem auch die Länderhaushalte profitieren würden. Schließlich gebe es derzeit einen Investitionsstau in Milliardenhöhe. Werde der aufgehoben, hätten Handwerker und kleine Firmen zahlreiche neue Aufträge. Die zusätzlichen Einnahmen gerade aus der Mehrwertsteuer würden die Ausfälle bei Weitem kompensieren.

Bundesregierung will neuen Anlauf starten

Die Bundesländer überzeugt das bislang nicht, im Vermittlungsausschuss herrscht Stillstand. Vielleicht kommt in den kommenden Wochen neuer Schwung in die Verhandlungen, wenn, wie die Regierung andeutet, ein neuer Anlauf gestartet werden soll, um die Bundesländer zur Zustimmung zu bewegen.

Weil die Lage politisch so verfahren ist, hat die Grünen-nahe Böll-Stiftung einen neuen Vorschlag ins Gespräch gebracht. Sie hat eine Studie beim Forum Ökologisch-Soziale (FÖS) Marktwirtschaft in Auftrag gegeben. Das FÖS sollte Vorschläge erarbeiten, um die Fördertöpfe für Gebäudesanierung langfristig abzusichern. Bislang richtet sich die Höhe der Fördermittel nach Kassenlage. Wegen hoher Nachfrage sind bestimmte Programme wie etwa das Marktanreizprogramm Erneuerbare Energien schon zur Jahresmitte aufgebraucht, oder sie werden gar gekürzt.

Das FÖS favorisiert daher in der Studie das sogenannte Prämienmodell. Es wäre eine Art Ökoulage auf Gas- und Ölpreise. Die Umlage würde einen Fonds speisen, aus dem jeder Zuschüsse erhält, der seine Wohnung besser dämmt oder auf eine sparsame Heizung umsteigt. Würde auf eine Kilowattstunde Erdgas ein Aufschlag von 0,1 Cent erhoben, könnte das laut FÖS rund 900 Millionen Euro im Jahr generieren. Damit ließen sich Zuschüsse für bessere Heizungen oder neue Fenster finanzieren, ohne auf den Bundeshaushalt Rücksicht nehmen zu müssen. Die Studie betont, dass einkommensschwachen Haushalten ein sozialer Ausgleich für die höheren Heizkosten gewährt werden müsste.

Vorschlag gleicht politischem Selbstmord

Grüne-Abgeordnete verhehlen nicht, dass der Vorschlag einem "politischen Selbstmord" gleichkommt. Den Deutschen nach der Ökostromumlage und der Offshore-Umlage eine

weitere Umlage und Energiepreissteigerung schmackhaft machen zu können, gilt als fast unmöglich.

Der Handlungsbedarf sei aber enorm, betont der Grünen-Abgeordnete Markus Kurth. Haushalte würden inzwischen mehr Geld für Gas und Heizöl als für Strom ausgeben. "Das sind die Preistreiber bei den Energieausgaben, nicht die Strompreise", sagt Kurth. Von besser gedämmten Häusern und effizienteren Heizungen würden gerade einkommensschwache Haushalte profitieren, die oft in Häusern mit hohem Sanierungsbedarf wohnten. "Die soziale Frage steigender Energiepreise hat die Bundesregierung bislang nicht beantwortet", sagt Kurth.

COPYRIGHT: ZEIT ONLINE

ADRESSE: <http://www.zeit.de/wirtschaft/2012-09/gebaeudesanierung-blockade>